

3. Februar 2010

Rede zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen
(Hochschulgesetz – HG)**

zweite Lesung

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Witzel, das war eine ziemlich peinliche Einlassung Ihrerseits.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Svenja Schulze [SPD]: Sehr genau! – Marc Jan Eumann [SPD]: Sie nennen Ihre Hochschule besser nicht, Herr Witzel!)

Sie hat nur gezeigt, dass Sie überhaupt nicht verstanden haben, worum es in unserer Anhörung ging. Ich glaube, dass Sie auch gar nicht daran teilgenommen haben. Dann hätten Sie heute nämlich nicht so geredet. Wir haben sehr lange und ausführlich über eine Qualitätsoffensive im Rahmen der Promotionsverfahren gesprochen. Dabei ging es darum, dass man als Prävention dringend ein strukturiertes Promotionsverfahren braucht, das wir an den Hochschulen teilweise nicht haben. Das wissen auch alle im Wissenschaftsbetrieb Tätigen.

Deswegen handelt es sich bei Ihren Darlegungen wirklich um eine ziemlich peinliche Einlassung. Vielleicht liegt das ja wirklich daran, dass Sie überhaupt nicht an dieser Diskussion teilgenommen haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Er ist immer peinlich, auch wenn er da ist!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Meldungen aus dem August letzten Jahres stecken uns allen noch in den Knochen. „Der gekaufte Doktor“ titelte die „Rheinische Post“ damals, und die Hochschulrektorenkonferenz warnte vor einem gewaltigen Imageverlust für den gesamten deutschen Wissenschaftsbetrieb. Das sagen nicht wir, Herr Witzel; das erklärte damals die Hochschulrektorenkonferenz.

Heute, ein halbes Jahr später, sind immer noch erst 15 der 100 damals eröffneten Verfahren in der Schmiergeldaffäre um gekaufte Dokortitel abgeschlossen. Herr Brinkmeier, trotzdem sagen Sie: Es ist doch alles wunderbar. Es stimmt doch schon alles. Wir brauchen überhaupt nichts zu machen. Warum denn überhaupt?

Natürlich befürworten und fordern auch wir die lückenlose Aufklärung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen; keine Frage. Wir sind aber der Meinung, dass das alleine nicht genügt, um das Vertrauen in das Wissenschaftssystem wiederherzustellen. Die Politik steht in der Verantwortung, den Hochschulen nicht nur gute Ratschläge zu erteilen, Herr Witzel, sondern sie auch aktiv zu unterstützen und vor dem drohenden Imageverlust zu bewahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lieber Herr Pinkwart, Sie haben damals ganz auf die Repressionsschiene gesetzt, also darauf, dass diejenigen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, indem sie Dokortitel entweder gekauft oder verkauft haben, schon irgendwie bestraft würden. Dass disziplinarische Maßnahmen aber nur eine Seite der Medaille sind und dass es auch Sinn machen könnte, durch entsprechende Regelungen im Vorfeld solchen Missbrauch gar nicht erst entstehen zu lassen, haben Sie schon damals negiert. Ich fürchte, dass Sie solche Regelungen auch heute noch ablehnen.

Nachdem sich abgezeichnet hat, dass die Landesregierung das Problem am liebsten aussitzen würde, haben wir Grüne bereits im September 2009 einen Gesetzentwurf für die Änderung des Hochschulgesetzes eingebracht. Wenn wir Korruption und Missbrauch im Wissenschaftsbetrieb verhindern wollen, müssen wir nach unserer Auffassung nämlich auch präventiv Maßstäbe für mehr Transparenz, Klarheit und Struktur im Rahmen der Promotionsverfahren setzen; denn nur eine strukturierte Promotion, die ein verantwortungsvolles Verhältnis zwischen Doktorvater und Promovierendem in den Mittelpunkt rückt, kann aktiv dazu beitragen, Missbrauch zu verhindern.

Deshalb liegt der Schwerpunkt unseres Gesetzentwurfs auf dem Vorschlag, das Verhältnis von Doktorandinnen und Doktoranden sowohl zu ihren Doktorvätern und Doktormüttern als auch zu dem gesamten Fachbereich verbindlicher und transparenter zu machen.

Transparenz ist der wesentliche Aspekt unserer Initiative. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe in dem ganzen Verfahren, das dieser Gesetzentwurf durchlaufen hat, niemanden gehört, der das nicht für sinnvoll und richtig befunden hätte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Gegenteil: In der Anhörung kamen noch Anregungen für zusätzliche Regelungen, zum Beispiel was die Promotionsmöglichkeiten an Fachhochschulen angeht. Diese haben wir gerne aufgenommen, wie Sie unserem vorliegenden Änderungsantrag entnehmen können.

Wir haben übrigens auch den einzigen Punkt korrigiert, der in der Anhörung wirklich kontrovers diskutiert wurde, nämlich die Frage, wie zwingend man die Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen für alle Verfahren der Prüfung vorschreiben wolle, wobei mir bei der Debatte bis zum Schluss nicht klar geworden ist, warum Klarheit und Transparenz ein Eingriff in die viel beschworene Hochschulfreiheit sein sollen.

Ich kann nur sagen: Es ist wieder einmal ein starkes Stück Verantwortungslosigkeit, das Sie hier an den Tag legen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb. Sie wollen weder Verantwortung für die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit übernehmen noch für die vielen ehrlichen Doktorandinnen und Doktoranden in diesem Land.

Zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie immer verkündet, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören, Herr Minister. Leider zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal – wie an vielen anderen in den vergangenen viereinhalb Jahren –, dass Ihnen Ihr „Privat vor Staat“-Etikett wichtiger ist.

Trotzdem möchte ich es hier und heute noch einmal versuchen: Springen Sie über Ihren Schatten, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen. Lassen Sie Vernunft statt Dogmatik walten, und stimmen unserem Gesetzentwurf zu. Machen Sie es, wie Minister Pinkwart noch vor einigen Tagen vorgeschlagen hat – ich zitiere –: Gute Politik korrigiert sich, wenn ein Gesetz den Praxistest nicht besteht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Pinkwart das Wort.

Dazu:

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[>>> Download des Gesetzentwurfes als PDF \(42 KB\)](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[>>> Download des Antrages als PDF \(15 KB\)](#)